

Warum die Schweiz  sagt:

JA ZU NEUEN KERNKRAFTWERKEN

Sieben Behauptungen der Gegner im Faktencheck

JA ZU NEUEN KERNKRAFTWERKEN

AUTOREN:
Guido Núñez-Mujica
Niels-Arne Münch

Anthropocene Institute

wePlanetTM
DACH

Kernkraftwerk Leibstadt, Aargau

INHALT

02 EINLEITUNG

04 BEHAUPTUNGEN DER GEGENSEITE – UND WAS DAZU ZU SAGEN IST

- 04 1. «Der Parlamentsentscheid widerspricht dem Willen des Volkes»
- 06 2. «Kernenergie macht die Schweiz abhängig vom Ausland»
- 08 3. «Der ‹Schweizer Weg› mit Solar, Wind und Wasser ist bereits ein Erfolg»
- 10 4. «Atommüll ist ein ungelöstes Problem»
- 12 5. «Kernenergie ist zu teuer»
- 15 6. «Kernenergie ist zu gefährlich»
- 18 7. «Die Schweiz kann Netto-Null 2050 auch ohne Kernenergie erreichen»

22 EINE SCHWEIZ OHNE KERNENERGIE HÄTTE WEITREICHENDE FOLGEN

28 FAZIT

30 AUTOREN

EINLEITUNG

Am 19. Juni 2026 hob das Parlament das seit 2017 geltende Verbot für den Bau neuer Kernkraftwerke auf und machte damit den Weg für einen Ersatzneubau bestehender Reaktoren frei. Ein breites Bündnis aus Anti-Atom-Organisationen lancierte daraufhin ein Referendum gegen dieses «Atom-Gesetz»: Kommt es wie erwartet zustande, wird die Schweizer Stimmbevölkerung voraussichtlich Anfang 2027 an der Urne erneut über die Zukunft der Kernenergie entscheiden.

Die Frage, ob die Schweiz auch künftig auf Kernenergie setzt, ist allerdings mehr als eine technische Detailfrage der Stromproduktion. Die Folgen dieser Abstimmung gehen weit über die Energiepolitik im engeren Sinn hinaus und werden die Schweiz und ihre Rolle in Europa auf Jahrzehnte hinaus prägen. Der vorliegende Report ordnet deshalb die zentralen Argumente der Gegenkampagne ein und prüft sie im Detail: Was ist zutreffend, was irreführend, was unvollständig oder schlicht falsch? Wir wollen so eine faktenbasierte Grundlage für eine Debatte schaffen, die zu oft mit überspitzten Behauptungen angeheizt wird, statt sie sachlich mit belastbaren Zahlen zu führen.

Die zur Abstimmung anstehende Frage berührt drei Themenfelder von grundlegender Bedeutung:

Erstens geht es um Wirtschaft und Wohlstand. Eine zuverlässige, bezahlbare Stromversorgung ist unabdingbar, wenn die Schweiz auch in Zukunft ein attraktiver Standort für energieintensive Industrien, Rechenzentren und Zukunftstechnologien bleiben soll. Investitionsentscheide von Unternehmen richten sich auch danach, wie verlässlich und günstig sie mit Energie versorgt werden können.

Zweitens geht es um Souveränität. Wer seinen Winterstrombedarf zu einem wachsenden Teil aus dem Ausland decken muss, wird abhängig von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen bei den Nachbarn. Von deren Kraftwerkspark, deren Preisniveau und deren energiepolitischen Entscheidungen. Bleibt die Schweiz gar von fossilen Energieträgern abhängig, zum Beispiel Erdgas, kommen geopolitische Abhängigkeiten hinzu, die weit über die europäischen Grenzen hinausgehen. Gerade in Zeiten zunehmender internationaler Konflikte können solche Abhängigkeiten sehr teuer werden. Ganz allgemein gilt, dass der aussenpolitische Spielraum sinkt, wenn die Kontrolle über die eigene Energieversorgung abnimmt.



Drittens geht es selbstverständlich auch um die Klimaziele – nicht weniger bedeutsam als die beiden vorherigen Punkte. Die Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 netto null Treibhausgase auszustossen. Kernenergie trägt dazu bei, anders als in der öffentlichen Debatte oft angenommen: Sie liefert gesicherte, praktisch CO₂-freie Bandenergie unabhängig von Wetter und Jahreszeit. Für die wachsende Elektrifizierung von Wärme und Verkehr ist gerade diese Verlässlichkeit eine wichtige Voraussetzung.

Der Dürresommer 2026 hat ein bisher wenig beachtetes Problem offengelegt: Nach dem trockensten Frühling seit Messbeginn und aussergewöhnlicher Hitze sanken die Pegel vieler Speicherseen und Flüsse auf historische Tiefstände, massive Produktionsausfälle waren die Folge. Gerade die Wasserkraft, oft als die «Schweizer Alternative» zur Kernenergie dargestellt, ist selbst durch den Klimawandel mit wachsenden Verfügbarkeits- und auch Unfallrisiken konfrontiert. Dass sich die mediale Berichterstattung des Sommers auf einzelne Kernkraftwerke fokussierte, die aufgrund fehlender Kühltürme oder Kühlbecken ihre Leistung drosseln mussten, vermittelt ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Versorgungsrisiken:

Eine Netto-Null-Strategie, die sich auf eine wetterabhängige Ressource stützt, deren Zuverlässigkeit sich voraussichtlich verschlechtert, ist riskanter als der Einsatz einer wetterunabhängigen Technologie wie Kernenergie.

Diese drei Dimensionen bilden den Rahmen für diesen gemeinsamen Report von WePlanet DACH und dem Anthropocene Institute, der in den folgenden Kapiteln insgesamt sieben Behauptungen der Gegenkampagne überprüft.

Im Anschluss präsentieren wir eine Analyse des Anthropocene Institutes: In den Jahren 2021 und 2025 standen zwei Schweizer Kernkraftwerke wegen Revisionen mehrere Monate nicht zur Verfügung (Leibstadt 2021 und Gösgen 2025). Diese Episoden ermöglichen es, die damaligen Folgen der Nichtverfügbarkeit zu untersuchen und der Frage nachzugehen, was dies über eine mögliche zukünftige Schweizer Energieversorgung ohne Kernenergie verrät.



BEHAUPTUNGEN DER GEGENSEITE – UND WAS DAZU ZU SAGEN IST

In ihrer Kampagne stellen die Befürworter der Beibehaltung des Neubauverbots eine Reihe von Behauptungen auf, deren gemeinsame Botschaft lautet: Die Schweiz braucht keine neuen Kernkraftwerke. Die Thesen der Kernkraftgegner haben noch eine andere Gemeinsamkeit: Sie sind irreführend, unvollständig oder schlicht falsch, wie wir im Folgenden zeigen werden.



1. «Der Parlamentsentscheid widerspricht dem Willen des Volkes»

Die Gegenkampagne behauptet: *«Mit dem Atom-Gesetz öffnen Parlament und Bundesrat gegen den Willen der Stimmbevölkerung den Weg für neue Atomkraftwerke in der Schweiz. [...] Die Stimmbevölkerung hat sich dreimal klar für eine erneuerbare Zukunft entschieden – 2017 mit dem Ja zur Energiestrategie, 2023 in der Abstimmung zum Klimaschutzgesetz und 2024 mit einer deutlichen Annahme des Stromgesetzes.»* (Bündnis «Nein zu neuen AKW», Medienmitteilung vom 30. Juni 2026) [1]

Diese Darstellung ist irreführend: Zunächst betraf nur die Vorlage von 2017 die Kernkraft direkt – dort wurde das Neubauverbot für Kernkraftwerke als Art. 12a des Kernenergiegesetzes (KEG) eingeführt: «Rahmenbewilligungen für die Erstellung von Kernkraftwerken dürfen nicht erteilt werden.» [2] Das Klimaschutzgesetz 2023 regelte Netto-Null-2050-Ziele und einen Impulsprogramm-Fonds, ohne Kernkraft überhaupt zu erwähnen oder als Weg auszuschliessen. Das Stromgesetz 2024 beschleunigt den Ausbau der Erneuerbaren und der Netzinfrastruktur und lässt das bestehende Neubauverbot unangetastet, ohne es zu thematisieren. Die Gegenseite fasst also drei sehr unterschiedliche Vorlagen als «dreimal klar für eine erneuerbare Zukunft entschieden» zusammen, obwohl nur eine davon tatsächlich über die Kernenergie-Frage abgestimmt hat – und zwar die am längsten zurückliegende.

Darüber hinaus ignoriert die Behauptung den Stimmungswandel in der Schweiz. Keine Entscheidung wird für alle Zukunft getroffen, sondern nur, bis sich Verhältnisse und Mehrheiten ändern. Und dass sich der Blick der Schweizer Stimmbevölkerung auf die Kernenergie verändert hat, zeigt sich in aktuellen Umfragen deutlich:

Gemäss einer Erhebung von Leewas im Auftrag von 20 Minuten und Tamedia vom September 2025 befürworten heute 56 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer die Aufhebung des Neubauverbots für neue Kernkraftwerke, nur 42 Prozent sind dagegen. [3] Besonders bemerkenswert: Erstmals seit Beginn der GFS-Bern-Erhebungsreihe im Jahr 2022 zieht die Hälfte der Befragten den Bau eines einzelnen neuen Kernkraftwerks [4] dem Zubau mehrerer neuer Erneuerbaren-Anlagen vor. Darüber hinaus schlägt sich die allgemein positivere Einstellung zur Kernenergie auch in der Haltung zu bestehenden Kernkraftwerken nieder: Deren Weiterbetrieb, solange die Reaktoren als sicher gelten, befürworten inzwischen deutliche 79 Prozent der Stimmberechtigten, so die Studie «Versorgungssicherheit 2026», der GFS Bern im Auftrag des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) (Stand April 2026). [5]

**Laut einer aktuellen Umfrage befürworten heute
56 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung die
Aufhebung des Neubauverbots für neue
Kernkraftwerke.**

Der Meinungswandel dürfte eng mit der Energiekrise seit Kriegsbeginn in der Ukraine und der sich verschärfenden Klimakrise zusammenhängen. Beides hat Fragen einer sicheren, bezahlbaren und sauberen Energieversorgung neu ins Zentrum gerückt. Nicht das Parlament handelt gegen den Willen der Bevölkerung, sondern die Gegner hinken dem Stimmungswandel hinterher. Und genau deshalb kommt die Frage nun, folgerichtig, wieder vors Volk: Mit der Abstimmung Anfang 2027 kann die Bevölkerung ihre Haltung direkt an der Urne zum Ausdruck bringen. Das ist keine Umgehung der Demokratie, sondern ihr Kern.

Quellen

[1] Bündnis «Nein zu neuen AKW», Medienmitteilung vom 30. Juni 2026:

<https://www.neue-akw-nein.ch/aktuelles/buendnis-lanciert-referendum-gegen-das-atom-gesetz>

[2] Kernenergiegesetz (KEG) vom 21. März 2003, Art. 12a, SR 732.1:

<https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2004/723/de>

[3] 20 Minuten / Tamedia (Erhebung: Leewas), September 2025:

<https://www.20min.ch/story/neubauverbot-geht-es-noch-ohne-akw-frage-spaltet-das-volk-und-die-politik-103430471>

[4] cash.ch, «Kernenergie gewinnt in Umfrage deutlich an Rückhalt»:

<https://www.cash.ch/news/top-news/kernenergie-gewinnt-in-umfrage-deutlich-an-ruckhalt-943219>

[5] GFS Bern, «Versorgungssicherheit 2026» (im Auftrag des VSE), Stand April 2026:

<https://www.gfsbern.ch/de/news/versorgungssicherheit-2026/>

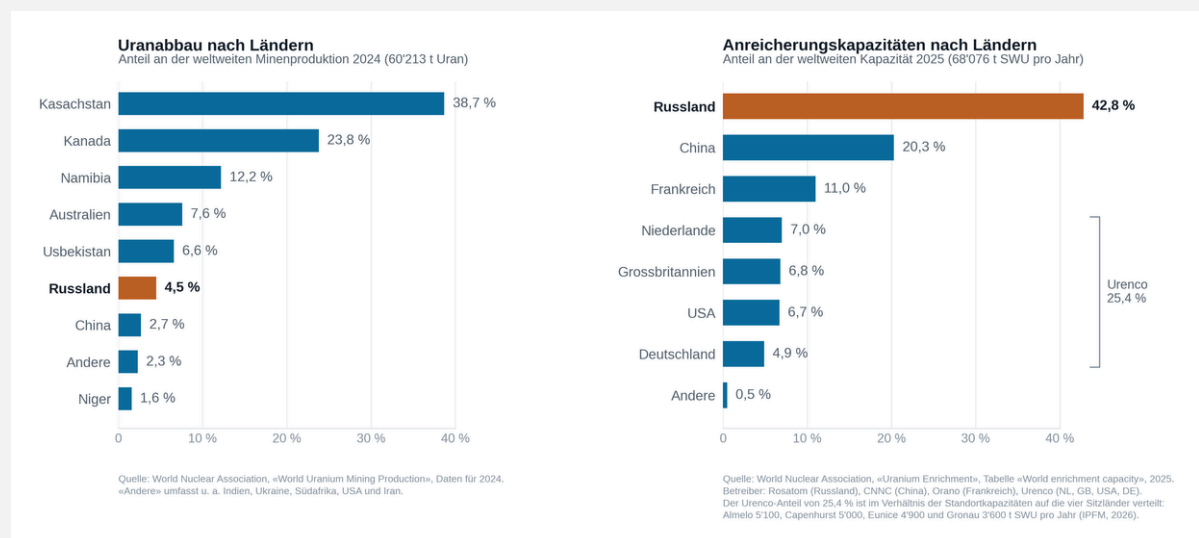


2. «Kernenergie macht die Schweiz abhängig vom Ausland»

Die Gegenkampagne behauptet: «Atomkraft mag zwar Strom produzieren, doch sie macht uns direkt und in hohem Masse abhängig von Grossmächten wie Russland, China, Frankreich und den USA.» (Bündnis «Nein zu neuen AKW», «Neue AKW machen uns abhängig vom Ausland») [1]

Die Behauptung nennt vier Länder in einem Atemzug – und trifft damit zugleich zu viel und zu wenig. Zu viel, weil Abhängigkeit von Frankreich und den USA nach demselben Massstab auch gegen Solarmodule aus China oder Gas aus Norwegen spräche; nach diesem Kriterium bliebe keine Technologie übrig. Zu wenig, weil sie Uranabbau und die nachgelagerte Produktion der Brennstäbe vermischt – also vor allem die Anreicherung des spaltbaren Urans, um die es tatsächlich geht.

Beim Rohstoff selbst ist die Lage unproblematisch. Das oft genannte Russland fördert nur einen kleinen Bruchteil des weltweit abgebauten Urans. Mit Abstand grösster Förderer ist Kasachstan, gefolgt von Kanada, Namibia, Australien und Usbekistan – erst dann folgt Russland auf Rang sechs. [2] Schon die Vielfalt der Lieferanten schliesst eine Abhängigkeit aus. Der Engpass liegt in der Weiterverarbeitung: Weil westliche Firmen diese Schritte in der Vergangenheit aus Kostengründen gerne auslagerten, kontrolliert der russische Staatskonzern Rosatom derzeit rund ein Drittel der weltweiten Konversions- und fast die Hälfte der Anreicherungskapazität. Der Fehler wurde allerdings spätestens nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erkannt. Seitdem bauen westliche Anbieter wie Urenco und Orano ihre eigenen Kapazitäten aus. [3] Orano erweitert seine Anlage Georges-Besse II in Frankreich mit Unterstützung der Europäischen Investitionsbank, auch Urenco hat seine Anreicherungskapazität spürbar gesteigert. [4]

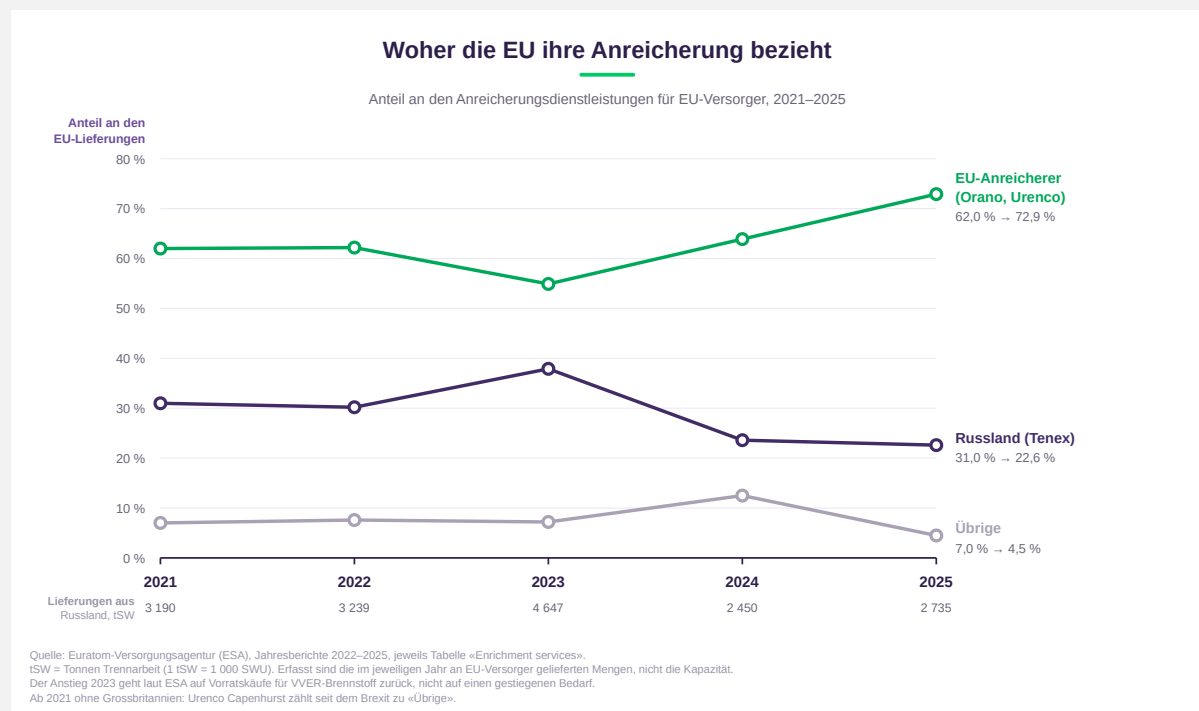


Im Vergleich zu früheren Jahren hat sich die Lage inzwischen spürbar verändert: Bereits kurz nach Kriegsbeginn beschloss Axpo, in Zukunft keine neuen Verträge mit russischen Lieferanten abzuschliessen und «auf russische Lieferanten in der ganzen Lieferkette zu verzichten». Im Februar 2025 unterzeichnete der Konzern dafür neue Brennstoffverträge mit Förderunternehmen aus Kanada und Kasachstan; die Brennstoffversorgung von Leibstadt und Beznau ist laut Axpo dank vorhandener Reserven bereits seit 2022 nicht mehr auf russische Quellen angewiesen. [5] Zwar widerspricht Greenpeace dieser Darstellung und verweist auf indirekte Lieferungen über Umwege [6], doch der Trend ist eindeutig: Die Abhängigkeit war real, sinkt inzwischen, ist aber

noch nicht restlos beseitigt – typisch für eine Übergangsphase, wie sie derzeit auch andere europäische Länder durchlaufen.

Für die zur Abstimmung stehende Frage ist die aktuelle Situation sowieso nicht entscheidend: In der Neubaufage geht es um Kraftwerke, die frühestens in den 2040er-Jahren ans Netz gehen würden. Wer eine sichere, breit abgestützte Brennstoffversorgung will, sollte also nicht auf neue Kernkraftwerke verzichten, sondern von Anfang an auf westliche Lieferverträge und Flexibilität setzen – wie Axpo es auch für die bestehenden Anlagen inzwischen vormacht.

Die Abhängigkeit der Schweiz lag nie beim Uran, sondern bei der Anreicherung. Und genau dort baut der Westen seine Kapazitäten seit 2022 wieder auf.



Quellen

- [1] Bündnis «Nein zu neuen AKW», «Neue AKW machen uns abhängig vom Ausland»: <https://www.neue-akw-nein.ch/argumente/abhaengigkeit>
- [2] World Nuclear Association, «World Uranium Mining Production» (Förderzahlen 2024): <https://world-nuclear.org/information-library/nuclear-fuel-cycle/mining-of-uranium/world-uranium-mining-production>
- [3] Avenir Suisse, «Des Pudels Kern(brennstoffe)?»: <https://www.avenir-suisse.ch/des-pudels-kernbrennstoffe/>
- [4] Nuklearforum Schweiz, «Frankreich erweitert Urananreicherungsanlage mit EIB-Unterstützung»: <https://www.nuklearforum.ch/de/news/frankreich-erweitert-urananreicherungsanlage-mit-eib-unterstuetzung>
- [5] Axpo, Medienmitteilung «Axpo unterzeichnet neue Brennstoffverträge für Kernkraftwerke», 17. Februar 2025: <https://www.axpo.com/ch/de/newsroom/medienmitteilungen/2025/axpo-signs-new-fuel-contracts-for-nuclear-power-plants.html>
- [6] Greenpeace Schweiz, «Uran für die Atomkraftwerke der Axpo: Russlands langer Schatten», Mai 2026: https://www.greenpeace.ch/static/planet4-switzerland-stateless/2026/05/20260528-Uran-fuer-die-Atomkraftwerke-der-Axpo_-Russlands-langer-Schatten-Volltext.pdf

3. «Der ‹Schweizer Weg› mit Solar, Wind und Wasser ist bereits ein Erfolg»

Die Gegenkampagne behauptet: «Dieser Weg ist erfolgreich: Die Schweiz kann ihren Strombedarf mit einheimischer Energie aus Solar-, Wind- und Wasserkraft decken.» (Bündnis «Nein zu neuen AKW», Medienmitteilung vom 19. Juni 2026) [1]

Das stimmt weder heute noch in den eigenen Zukunftsszenarien der Stromwirtschaft. Schon jetzt kann die Schweiz ihre Nachfrage im Winterhalbjahr nur mit Importen decken – allein in der ersten Novemberwoche 2025 importierte sie 194 GWh, nachdem die Bilanz nach einem exportstarken Sommer Ende Oktober gekippt war. [2] Auch für 2050 sieht es gemäss dem Update der Studie «Energiezukunft 2050» des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) vom Januar 2025 nicht nach reiner Eigenversorgung aus: Selbst bei vollständiger Umsetzung des Stromgesetzes – also einem Ausbau der Erneuerbaren auf 45 TWh bis 2050 – bleiben Nettoimporte von bis zu 5 TWh im Winterhalbjahr nötig, dazu eine «ergänzende Produktion» aus Gaskraftwerken. Diese sollen «idealerweise mit klimaneutralen Gasen betrieben» werden; die Modellierung rechnet allerdings mit fossilem Erdgas und CO₂-Abscheidung, weil Wasserstoff und biogene Gase «wegen der hohen Kosten» nicht zum Zug kommen. Und für den Fall, dass der Ausbau der Erneuerbaren nicht gelingt, hält der Verband fest: Der Bedarf an ergänzender Produktion im Winterhalbjahr verdoppelt sich, und sie kann dann «unter Umständen im Fall von ‹Gas› inländisch nicht mehr vollständig klimaneutral erfolgen. Umso schwieriger und teurer wird die Erreichung der Klimaneutralität.» [3]

Selbst die Stromwirtschaft rechnet in ihren Szenarien für 2050 fest mit Importen und Gaskraftwerken. Und sie warnt: Falls der Ausbau nicht gelingt, wird Klimaneutralität schwieriger und teurer.

Und diese Abhängigkeit dürfte ohne Kernkraft tendenziell weiter steigen: Schon eine kürzere Laufzeit der bestehenden Reaktoren – von 60 auf 50 Jahre – lässt die Winterimporte laut ETH/PSI-Whitepaper «Versorgungssicherheit» von 2 auf 4 TWh (2030) beziehungsweise von 5 auf 9 TWh (2040) steigen. [4] Eigentlich wenig überraschend: Fällt Kernkraftkapazität weg, ohne dass etwas anderes eins zu eins nachrückt, erhöht sich die Abhängigkeit von Importen. Darüber hinaus ist zweifelhaft, ob sich der aggressive Ausbau der Erneuerbaren, wie ihn Szenarien wie das obige voraussetzen, in der Praxis erreichen lässt: Der Windkraftausbau kommt seit Jahren nicht voran – die Schweiz zählt gerade einmal 50 Windkraftanlagen, die zusammen weniger als 0,5 Prozent des Strommixes liefern, während Bewilligungsverfahren über 20 Jahre dauern und Projektgegner «sämtliche juristischen Möglichkeiten ausreizen, um die Projekte zu verzögern», so Suisse-Eole-Sprecher Olivier Waldvogel. [5] Auch bei der hochalpinen Solarenergie wächst der Widerstand: Über den 2022 als dringliches Bundesgesetz eingeführten «Solarexpress» – der grosse alpine Solaranlagen mit bis zu 60 Prozent der Investitionskosten fördert und rascher bewilligen soll – sind derzeit noch rund 30 grosse Anlagen in Planung, doch eine ähnlich hohe Zahl wurde bereits abgelehnt oder zurückgezogen. Im Kanton Wallis, wo das Programm politisch initiiert wurde, stand Ende 2025 noch keine einzige Anlage. [6] Der «Schweizer Weg» ist nicht nur eine Frage des Potenzials, sondern auch der politischen und rechtlichen Realität.

Die Lücke zwischen sauberer Produktion und Nachfrage schlägt sich direkt im CO₂-Fussabdruck nieder – und zwar unabhängig davon, ob man die Schweizer Eigenproduktion oder den tatsächlichen Verbrauch misst. Gemäss dem «Grid Review 2025»-Bericht von Electricity Maps lag die Schweiz 2025 produktionsbasiert bei knapp 29 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde, doch verbrauchs basiert, also inklusive der tatsächlichen Herkunft der Importe, waren es mit 50 Gramm fast doppelt so viel. Noch deutlicher zeigt sich die saisonale Schwäche: Im Sommer 2025 bewegte sich die verbrauchs basierte Intensität zwischen 28,8 und 38,4 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde, im Winter dagegen zwischen 39,3 und 90,8 Gramm – der winterliche Spitzenwert lag also gut dreimal so hoch wie der sommerliche Tiefstwert. [7] Die VSE-Prognose bis 2050 geht zwar von einer weiteren Verbesserung aus, aber ausdrücklich nur unter der Annahme, dass Gaskraftwerke «als ergänzende Produktion notwendig sein werden» – nicht, weil Solar, Wind und Wasser allein genügen. [8]

Die Erzählung vom erfolgreichen Schweizer Weg auf Basis von Sonne, Wind und Wasser hält also schon der Gegenwart nicht stand: Sie beschreibt nicht, was ist, sondern was man sich erhofft. Ob der Weg wenigstens bis 2050 aufgeht, ist eine eigene Frage – sie wird in Behauptung 7 behandelt.

Quellen:

- [1] Bündnis «Nein zu neuen AKW», Medienmitteilung vom 19. Juni 2026: <https://www.neue-akw-nein.ch/aktuelles/buendnis-nein-zu-neuen-akw-bereitet-referendum-gegen-atom-gesetz-vor>
- [2] 20 Minuten, «Darum ist die Versorgung der Schweiz mit Strom gefährdet», 29. März 2026: <https://www.20min.ch/story/atomdebatte-darum-ist-die-versorgung-der-schweiz-mit-strom-gefaehrdet-103372965>
- [3] VSE, «Resiliente Stromversorgung: Gesamtsystem fit machen für neue Realitäten – Update EZ2050, Erläuterungsbericht», 9. Januar 2025. Ausbauziel 45 TWh und Winterimportgrenze von maximal 5 TWh gemäss Stromgesetz: S. 8 f.; Variante «Gaskraftwerke» und Kostenbegründung für Erdgas mit CO₂-Abscheidung: S. 18; Szenario «NIMBY» mit verdoppeltem Bedarf an ergänzender Produktion: S. 31. <https://www.strom.ch/de/media/15193/download>
- [4] ETH Zürich / PSI, Whitepaper «Versorgungssicherheit» (Energy Science Center, Juni 2026), Abbildung 8: https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/mavt/energy-science-center-dam/research/publications/ETH_Zurich_ESC_Whitepaper_Versorgungssicherheit.pdf
- [5] Windkraft-Journal, «Entwicklung der Windenergie in der Schweiz», 13. Februar 2026 (Zitat Olivier Waldvogel, Suisse-Eole): <https://www.windkraft-journal.de/2026/02/13/entwicklung-der-windenergie-in-der-schweiz/221485>
- [6] SWI swissinfo.ch, «Schweizer Solar-Offensive in den Alpen: Das sind die ersten Erkenntnisse», 29. Januar 2026: <https://www.swissinfo.ch/ger/klimaanpassung/schweizer-solar-offensive-in-den-alpen-das-sind-die-ersten-erkenntnisse/90760813>
- [7] Electricity Maps, «Electricity Grid Review 2025: Switzerland»: <https://www.electricitymaps.com/grid-in-review-2025/switzerland>
- [8] VSE, «CO₂-Gehalt des Schweizer Strommixes und Prognose bis 2050»: <https://www.strom.ch/de/nachrichten/vse-publiziert-aktuellen-co2-gehalt-des-schweizer-strommixes-und-prognose-bis-2050>



4. «Atommüll ist ein ungelöstes Problem»

Die Gegenkampagne behauptet: «Atommüll [ist ein] *Toxisches Erbe ohne Lösung. Für die Entsorgung wird seit Jahrzehnten eine Lösung gesucht – bisher ohne Erfolgsmeldung.*» (Bündnis «Nein zu neuen AKW») [1]

Das ist so nicht mehr richtig: Die Schweiz hat die Standortfrage inzwischen gelöst. Nach über 50 Jahren Forschung und einem mehrstufigen, wissenschaftlich begleiteten Auswahlverfahren hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) 2024 das Rahmenbewilligungsgesuch für ein geologisches Tiefenlager im Gebiet Nördlich Lägern (Gemeinde Stadel ZH) eingereicht. Der Fels dort besteht vorwiegend aus Opalinuston – einem sehr dichten, wasserundurchlässigen Tongestein, in dem die hoch radioaktiven Abfälle bis zu einer Million Jahre sicher eingeschlossen werden sollen. Vorarbeiten sollen ab 2034 erfolgen, der eigentliche Baustart ist für 2045 geplant, die geschätzten Kosten liegen bei rund CHF 12 Milliarden. [2] Zumindest für die Abfälle der bestehenden Kernkraftwerke ist das «ungelöste Problem» also technisch und standorttechnisch gelöst – was bleibt, ist ein langer, aber vorhersehbarer Bewilligungs- und Bauprozess.

Gelegentlich wird von Seiten der Kernkraftgegner behauptet, das geplante Tiefenlager reiche nicht für zukünftige Abfälle aus neuen Kraftwerken. Das ist eine Halbwahrheit: Richtig ist, dass das aktuelle Rahmenbewilligungsgesuch der Nagra ausdrücklich nur für die Abfälle der bestehenden Anlagen ausgelegt ist. [3] Dahinter steht aber keine geologische Grenze, sondern lediglich der Umfang des laufenden Gesuchs: Neubauten waren bisher verboten und daher schlicht nicht Teil der Planung. Geologisch gebe es am Standort weiterhin Platz, so die Nagra. [4] Für neue Kraftwerke bräuchte es also ein separates oder erweitertes Bewilligungsverfahren, aber keinen komplett neuen Lagerstandort – ein administrativer und regulatorischer Zusatzschritt, kein ungelöstes Problem.

Die geologische Formation in Nördlich Lägern bietet genügend Platz für weiteren Atommüll aus neuen Anlagen, es bräuchte lediglich zusätzliche Bewilligungen.

Obwohl Atommüll ein ernstzunehmender Gefahrstoff ist, der einen langfristigen, sorgfältigen Einschluss weit ausserhalb der Biosphäre erfordert, wird seine Gefährlichkeit in der öffentlichen Debatte oft überzeichnet – dies gilt insbesondere im Vergleich zu anderen langfristig gefährlichen Abfällen: Erstens bleibt die Giftigkeit von Atommüll nicht konstant, sondern nimmt mit der Zeit messbar ab. Bei Einlagerung (ca. 20 Jahre nach Entnahme aus dem Reaktor) entspricht die Radiotoxizität – die Giftigkeit eines Stoffs im Fall einer Aufnahme, verglichen mit der akut-toxischen Dosis bekannter Gifte – hoch radioaktiven Abfalls in etwa der akuten Giftigkeit starker chemischer Gifte, doch nach rund 20'000 Jahren sinkt sie unter die akute Toxizität von natürlichem Uran (LD50 ca. 5 Gramm), und nach rund 50'000 Jahren entspricht die Toxizität in etwa der von Aspirin (LD50 ca. 20 Gramm). [5] Zum Vergleich: Andere dauerhaft untertage gelagerte Giftstoffe wie Quecksilber, Cyanide oder Arsenverbindungen – etwa die über 3,2 Millionen Tonnen Sondermüll im deutschen Endlager Herfa-Neurode – bleiben chemisch für immer giftig; ihre Gefährlichkeit sinkt nie. [6]



Zweitens ist hoch radioaktiver Abfall ein fester, keramikähnlicher Stoff, was die Ausbreitung im Vergleich zu flüssigen oder gasförmigen Schadstoffen deutlich erschwert. Eine Worst-Case-Rechnung der Nagra für das geplante Tiefenlager Nördlich Lägern zeigt dies deutlich: Selbst wenn die stählernen Lagerbehälter fehlten oder bereits nach kurzer Zeit vollständig durchgerostet wären, bliebe die Strahlendosis für die am stärksten betroffene Person in allen rund 45'000 berechneten Fällen unter dem Schutzkriterium von 0,1 Millisievert pro Jahr – knapp einem Fünftel der natürlichen Strahlenbelastung in der Schweiz. Im wahrscheinlichsten Szenario liegt sie sogar um den Faktor 1000 darunter. [7] Vergleichbare Worst-Case-Rechnungen für das finnische Tiefenlager Onkalo kamen bei ähnlichen Extremannahmen zu ähnlich niedrigen Dosiswerten. Beide Eigenschaften – abnehmende statt konstanter Gefährlichkeit, feste statt flüssiger oder gasförmiger Form – sorgen in Verbindung mit einem Sicherheitskonzept, das selbst ein Totalversagen der Behälter auffängt, dafür, dass Atom Müll technisch beherrschbar ist.

Quellen:

- [1] Bündnis «Nein zu neuen AKW», «Atom Müll: Toxisches Erbe ohne Lösung»:
<https://www.neue-akw-nein.ch/argumente/atommuell>
- [2] EKZ Blue, «Nagra – sichere Lösung für das drängende Problem mit dem Atom Müll» (2025):
<https://www.ekz.ch/de/blue/wissen/2025/nagra.html>
- [3] SRF, «Atom-Endlager in Stadel ZH: Nagra-Chef – Es gibt keinen Plan B», 19. November 2024:
<https://www.srf.ch/news/schweiz/atom-endlager-in-stadel-zh-nagra-chef-es-gibt-keinen-plan-b>
- [4] Nau.ch, «Am Endlager-Standort hätte es genug Platz für Abfall weiterer AKWs»:
<https://www.nau.ch/news/wirtschaft/am-endlager-standort-hatte-es-genug-platz-fur-abfall-weiterer-akws-67147272>
- [5] Rainer Moormann, «Atom Müll – Ungelöstes, unlösbares Problem?» (2021), unter Verweis auf R. Kathren, «Acute Chemical Toxicity of Uranium» (NRC, 2008)
- [6] Wikipedia, «Untertagedeponie Herfa-Neurode»:
https://de.wikipedia.org/wiki/Untertagedeponie_Herfa-Neurode
- [7] Nagra, «Die Nagra rechnet selbst mit dem Schlimmsten – Worst-Case-Szenarien»:
<https://nagra.ch/die-nagra-rechnet-selbst-mit-dem-schlimmsten-worst-case-szenarien/>

5. «Kernenergie ist zu teuer»

Die Gegenkampagne behauptet: «Ein einziger Bau verschlingt rund 25 Milliarden [Franken].» Atomkraft sei «ein Milliardengrab mit zusätzlichen negativen Effekten». (Bündnis «Nein zu neuen AKW», Argumentarium «Kosten») [1]

Die Kostenfrage ist berechtigt, wird aber oft einseitig dargestellt. Eine im Juli 2026 veröffentlichte Studie von BAK Economics im Auftrag von economiesuisse schätzt die Investitionskosten für ein neues Kernkraftwerk (ein Reaktor des Typs EPR-1600, Inbetriebnahme 2050) auf rund CHF 17,25 Milliarden – deutlich unter den von Gegnern zitierten CHF 25 Milliarden. Der Unterschied ergibt sich vor allem aus der Berechnungsgrundlage: BAK Economics stützt sich auf die Baukosten des finnischen Reaktors Olkiluoto 3 statt auf das französische Projekt Flamanville 3, dessen Kosten laut den Studienautoren stärker von einmaligen Sonderfaktoren geprägt waren. Über die gesamte 60-jährige Betriebsdauer gerechnet, prognostiziert die Studie einen jährlichen volkswirtschaftlichen Wertschöpfungseffekt von CHF 1,6 Milliarden und gut 2'900 Arbeitsplätze; ab Betriebsbeginn 2050 sollen zudem die Grosshandelspreise für Strom sinken. [2]

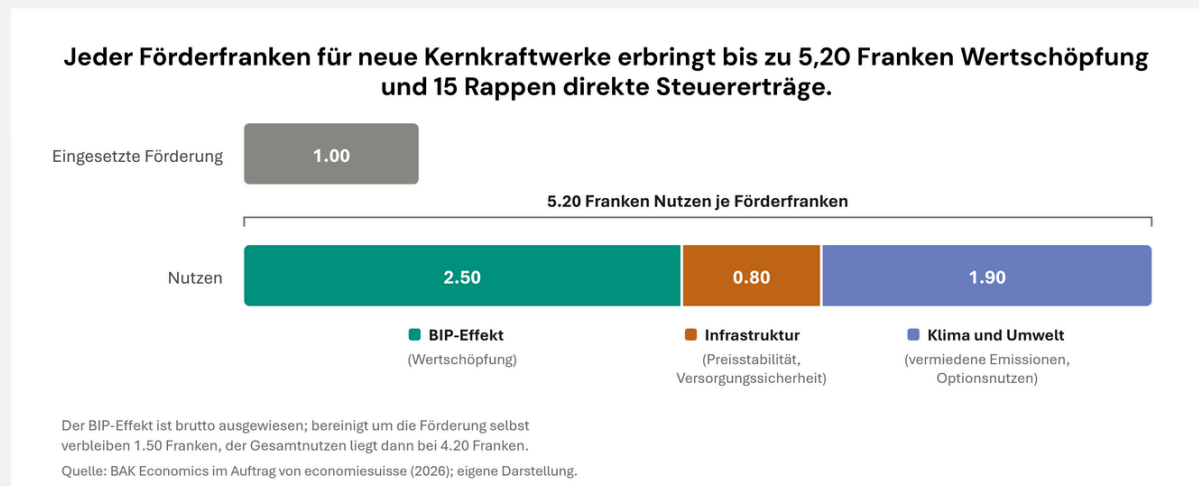
Über die Betriebsdauer von 60 Jahren trägt das Kraftwerk jährlich 1,6 Milliarden Franken zur Wertschöpfung bei und sichert gut 2'900 Arbeitsplätze.

Zwar geht die Studie davon aus, dass die Markterlöse nur rund 55 Prozent der Stromgestehungskosten decken würden (64 gegenüber 115,5 CHF pro Megawattstunde) – die Differenz von rund CHF 625 Millionen pro Jahr müsste durch staatliche Unterstützung ausgeglichen werden, und zwar nicht einmalig, sondern durchgehend über die gesamte Betriebsdauer von 60 Jahren. Das klingt gewaltig, ist aber letztlich nicht höher als die Förderung anderer Energieträger auch – dies lässt sich am Beispiel der alpinen Solaranlagen zeigen: Auf Basis der durchschnittlichen Investitionskosten von CHF 4'048 pro kWp installierter Leistung für Solarexpress-Projekte [3] und der maximalen Einmalvergütung von 60 Prozent der Investitionskosten [4] ergibt sich eine Förderung von rund CHF 2'429 pro kWp installierter Leistung. Alpine Solaranlagen können höhere Produktionszahlen erreichen als Anlagen im Mittelland – 1'400 kWh pro kWp sind durchaus realistisch. Doch auch für so hohe Produktionszahlen ergibt sich bei einer plausiblen Betriebsdauer von 30 Jahren eine Förderung von rund CHF 58 pro Megawattstunde – mehr als die CHF 51,5 (115,5 minus 64), die neue Kernkraftwerke laut den Studienautoren benötigen. Berücksichtigt man zusätzlich die übliche Moduldegradation von rund 0,5 Prozent pro Jahr, liegt der Durchschnittsertrag über 30 Jahre etwa 7 Prozent tiefer, und die benötigte Förderung steigt sogar auf CHF 62 pro Megawattstunde.

Pro Megawattstunde brauchen Kernkraftwerke weniger Förderung als alpine Solaranlagen

Ebenfalls im Jahr 2026 erschien eine Analyse der Axpo, die mit etwas anderer Methodik zu ähnlichen Zahlen kommt: Demzufolge hat Kernkraft tatsächlich einen höheren Förderbedarf als Wind oder Freiflächensolar. Den mit Abstand höchsten Förderbedarf – rund viermal so hoch wie Kernkraft – hat allerdings Dachsolar. [5]

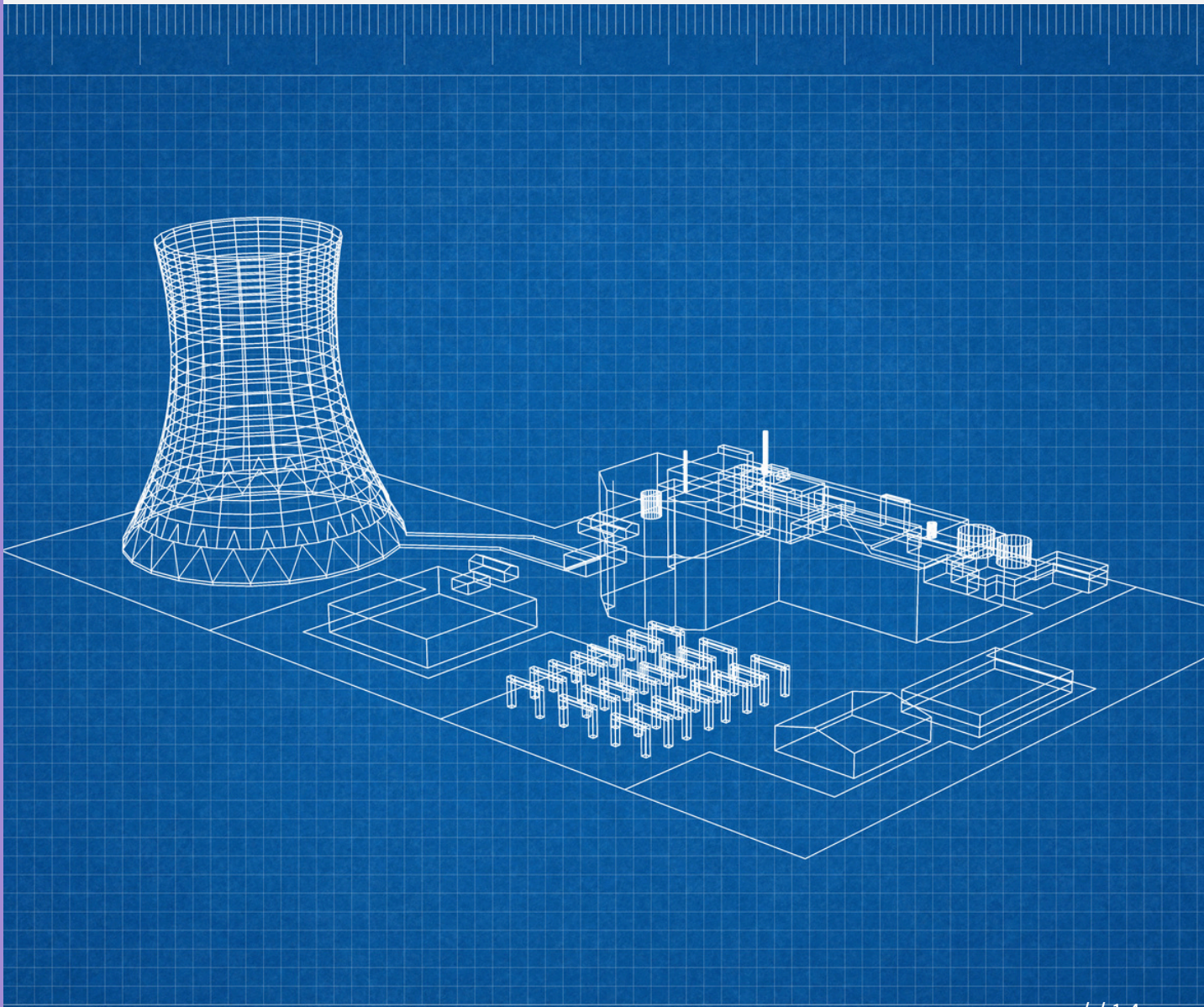
Richtig ist, dass heutzutage kaum ein grosses Infrastrukturprojekt ohne staatliche Förderung auskommt. Das gilt tatsächlich auch für Kernkraftwerke. Gerade deshalb kommt es auf die Grösse der notwendigen Förderung an, und darauf, was jeder einzelne Förderfranken bewirkt: Laut der oben zitierten Studie von BAK Economics resultiert aus jedem eingesetzten Förderfranken eine Bruttowertschöpfung von 2,50 Franken sowie direkte Steuererträge von 15 Rappen; bereinigt um die Förderkomponente verbleibt ein Netto-BIP-Effekt von 1,50 Franken. Berücksichtigt man weitere Effekte – gedämpfte saisonale Preisspitzen und geringeres Mangellagerisiko mit 0,80 Franken, Klima- und Umweltnutzen mit 1,90 Franken –, steigt der Nutzen brutto auf 5,20 und netto auf 4,20 Franken je Förderfranken. [2] (Für andere Energiesysteme fehlen vergleichbare Analysen. Strukturelle Gründe wie die hohe Importabhängigkeit bei Solarmodulen und Komponenten lassen aber vermuten, dass die inländische Wertschöpfung pro Franken eher niedriger ausfällt als bei Kernkraftwerken.)



Kernenergie ist also keineswegs ein «Milliardengrab» ohne volkswirtschaftlichen Nutzen. Dies wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die oben diskutierten Stromgestehungskosten nicht identisch sind mit den Systemkosten einer stabilen Stromversorgung: Hier sind Kosten für Netzausbau, Speicher und Back-up zu berücksichtigen, obendrein bedeutet auch eine höhere Volatilität von Preisen, etwa durch höhere Abhängigkeit von Importen, volkswirtschaftliche Kosten. Die schon erwähnte Axpo-Studie kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass die niedrigsten Kosten im Szenario «Koexistenz» erzielt werden – also mit einer Kombination aus Erneuerbaren, Kernkraft und Gas. Entsprechend gehört die Aufhebung des Neubauverbots und der umgehende Einstieg in die Vorbereitung neuer Kernkraftwerke auch zu den Handlungsempfehlungen der Studie. [5]

Quellen:

- [1] Bündnis «Nein zu neuen AKW», «Neue AKW sind extrem teuer und führen zu höheren Strompreisen»:
<https://www.neue-akw-nein.ch/argumente/kosten>
- [2] BAK Economics / economiesuisse, «Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines Ersatzneubaus der Schweizer Kernkraftwerke» (Juli 2026): https://backend.economiesuisse.ch/sites/default/files/2026-07/BAK_Economics_ecnomiesuisse_Impact-Analyse_KKW-Ersatzneubau.pdf
- [3] stromzeit.ch, «Solarexpress: Aktueller Stand beim Ausbau der alpinen Solaranlagen»:
<https://www.stromzeit.ch/blog/strom-7/solarexpress-aktueller-stand-beim-ausbau-der-alpinen-solaranlagen-schweiz-forderziele-deutlich-verfehlt-679>
- [4] Bundesamt für Energie (BFE), «Einmalvergütung für PV-Grossanlagen»:
<https://www.bfe.admin.ch/de/pv-grossanlagen-eiv>
- [5] Axpo, «Axpo Energy Reports – Synthese» (24. März 2026):
https://www.axpo.com/content/dam/axpo19/ch/energy-reports/reports/de/Axpo_Energy_Reports_Synthese_DE.pdf



6. «Kernenergie ist zu gefährlich»

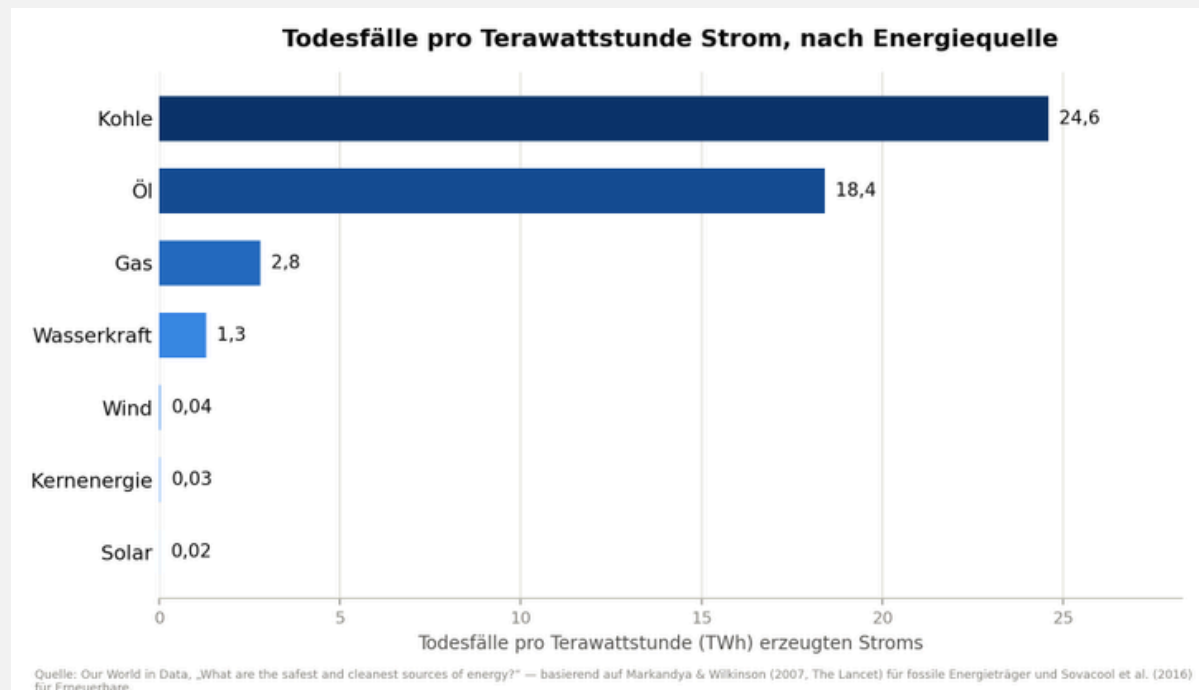
Die Gegenkampagne behauptet: «Ein grosser Unfall wie der von Tschernobyl 1986 oder Fukushima 2011 würde die Schweiz in ihrer Existenz gefährden.» (Bündnis «Nein zu neuen AKW», Argumentarium «Risiken») [1]

Keine Technologie ist ohne Risiko und andere Nachteile. Dies gilt unbestreitbar auch für Kernenergie – die Frage ist, wie hoch dieses Risiko bei modernen Reaktoren tatsächlich ist, und ob der Vergleich mit Tschernobyl und Fukushima sich als Massstab eignet: Beide Kernschmelzen sind durch bauart- und standortspezifische Schwächen geprägt, die auf heutige Schweizer Reaktoren nicht übertragbar sind: Der Reaktor von Tschernobyl war ein graphitmoderierter RBMK-Reaktortyp ohne westliches Containment-Gebäude – ein Design, das in der Schweiz nie zugelassen war und auch heute nirgends mehr gebaut wird. Fukushima war primär Folge eines schweren Erdbebens und anschliessenden Tsunamis – ein Szenario, das an einem Schweizer Binnenstandort geologisch nicht auftreten kann – in Kombination mit nicht eingehaltenen Sicherheitsvorschriften seitens des japanischen Betreiberkonzerns TEPCO.

Neue Reaktoren der Generation 3+ weisen eine rund 100-fach geringere Unfallwahrscheinlichkeit auf als die bestehende Schweizer Reaktorflotte.

Eine im März 2026 im Auftrag von economiesuisse erstellte Studie der Universität St. Gallen beziffert erstmals das Risiko für schwere Unfälle bei neuen Reaktoren der Generation 3+: Die Eintrittswahrscheinlichkeit für einen schweren Unfall mit radioaktivem Austritt liegt rund 100-fach tiefer als bei den in der Schweiz gebauten Reaktoren. Selbst unter Berücksichtigung aller Nachrüstungen der bestehenden Flotte ist sie noch rund 10-fach tiefer. Die daraus abgeleiteten theoretischen Versicherungsrisikokosten liegen laut Studie bei CHF 0,000009–0,00009 pro Kilowattstunde – eine Grössenordnung, die keinen messbaren Unterschied zu den Erneuerbaren mehr erkennen lässt. [2]

Aussagen über die Gefährlichkeit einzelner Technologien ergeben sowieso nur im Vergleich über alle Energieträger hinweg Sinn – inklusive der Folgen des Normalbetriebs, also vor allem der Luftverschmutzung, die in der öffentlichen Debatte regelmässig übersehen wird. Eine vielzitierte Auswertung von Our World in Data, die sowohl Unfälle als auch die Gesundheitsfolgen von Luftschadstoffen einbezieht, beziffert die Todesfälle pro erzeugter Terawattstunde Strom aus Kernenergie mit 0,03, vergleichbar mit Solar und Windenergie. Kohle tötet dagegen 24,6 Menschen pro Terawattstunde – Kernenergie verursacht damit rund 820-mal weniger Todesfälle pro TWh als Kohle. [3]



Zu einem nahezu identischen Ergebnis kommt eine Analyse von WePlanet und dem Anthropocene Institute zum deutschen Atomausstieg: Da die stillgelegte Kernkraft grösstenteils durch Kohle- und Gasverstromung ersetzt wurde, hat die dadurch verursachte zusätzliche Luftverschmutzung in Deutschland bis März 2026 schätzungsweise über 24'600 vorzeitige Todesfälle verursacht – mehr als sechsmal so viele, wie selbst die pessimistischsten Schätzungen für die Gesamtzahl der Tschernobyl-Todesopfer annehmen (rund 4'000 gemäss WHO), und rund 400-mal so viele wie die unmittelbar dokumentierten Tschernobyl-Todesfälle (60). [4] Der Rückzug aus der Kernenergie «im Namen der Sicherheit» hat die Bevölkerung in diesem Fall also einem deutlich grösseren, nur weniger sichtbaren Risiko ausgesetzt.

Ein Bundesratsbericht aus dem Jahr 2015 zitiert Schätzungen des Schadenspotenzials eines Super-GAUs in der Schweiz zwischen 88 Milliarden und 8'000 Milliarden Franken [5] – eine Bandbreite, die weniger Unsicherheit widerspiegelt als die Tatsache, dass hier zwei methodisch sehr unterschiedliche, jahrzehntealte Studien herangezogen wurden (am unteren Ende eine EU-Kommissionsstudie aus dem Jahr 1995, am oberen eine Schätzung des BABS aus dem Jahr 2003). Ein sinnvoller Vergleichsmassstab ist die Risikoakzeptanz bei anderer Energieinfrastruktur: Auch Wasserkraft ist nicht risikofrei. Die fast vergessene Vajont-Staudammkatastrophe (Italien, 1963) forderte offiziell 1'917 Todesopfer, nach anderen Schätzungen deutlich über 2'000 [7]. Die Schweiz betreibt heute rund 200 grosse Talsperren unter Bundesaufsicht, ohne dass dies gesellschaftlich als inakzeptables Risiko gilt. – Und dies, obwohl die Dämme immer älter werden und der im Zuge des Klimawandels abtauende Permafrost die Gefahr von Hangrutschen in Stauseen erhöht, das Risiko eines grossen Unfalls also sogar steigt.

Auch die Schweiz hatte 1969 mit dem Versuchsreaktor Lucens einen eigenen schweren Störfall: Eine partielle Kernschmelze in einem experimentellen, gasgekühlten Kleinreaktor (6 MW) führte zur Kontamination der unterirdischen Kaverne, jedoch – anders als bei Tschernobyl – ohne nennenswerten radioaktiven Austritt an die Umgebung. **Der Reaktortyp wurde danach nirgends mehr weiterverfolgt; er ist mit heutigen kommerziellen Leichtwasserreaktoren technisch nicht vergleichbar.** [6]

Gelegentlich wird auch behauptet, Kernkraftwerke würden in Zeiten steigender globaler Spannungen als mögliches Ziel feindlicher Angriffe ein besonderes Risiko darstellen (etwa vom SP-Nationalrat Jon Pult in einem Beitrag für die «Südostschweiz» [8]). Tatsächlich ist kein Kernkraftwerk gegen einen gezielten militärischen Angriff ausgelegt: Das gilt aber ebenso für praktisch jede grosse Energie- und Wasserinfrastruktur. – Abermals stellen Staudämme das deutlich grössere und naheliegendere Risiko dar: Im Zweiten Weltkrieg zerstörte die britische Royal Air Force gezielt die Möhne- und Eder-Talsperre (Mai 1943); die resultierende Flutwelle tötete zwischen 1'300 und über 2'400 Menschen, grösstenteils Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. [9] Im Juni 2023 wurde im Ukraine-Krieg der Kachowka-Staudamm zerstört – mit mindestens 62 bestätigten Toten, bis zu 60'000 Menschen in unmittelbarer Gefahr und weitreichenden ökologischen Folgen. [10] Diese beiden Beispiele zeigen: Das Risiko militärischer Zerstörung von kritischer Infrastruktur ist real, aber kein spezifisches Kernenergie-Problem – es trifft grossflächige Wasserkraftinfrastruktur historisch nachweislich härter und häufiger, ohne dass deshalb ein Verzicht auf Wasserkraft gefordert wird.

Kernenergie ist also keine risikofreie Technologie – das behauptet auch niemand ernsthaft. Sie ist aber eine der sichersten Technologien, die wir zur Verfügung haben.

Quellen:

- [1] Bündnis «Nein zu neuen AKW», «Atomkraft ist riskant»: <https://www.neue-akw-nein.ch/argumente/risiken>
- [2] economiesuisse, «Studie zeigt erstmals: Zahlen neue Generationen von Kernkraftwerken bringen massive Sicherheitsgewinne» (11. März 2026): <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/studie-zeigt-erstmals-zahlen-neue-generationen-von-kernkraftwerken-bringen-massive>
- [3] Our World in Data, «What are the safest and cleanest sources of energy?» (Datentabelle «Death rates from energy production per TWh»): <https://ourworldindata.org/safest-sources-of-energy>
- [4] WePlanet / Anthropocene Institute, «Deutschlands Atomausstieg – Die wahren Kosten für Menschen, Klima und Wirtschaft» (März 2026): <https://weplanet-dach.org/wp-content/uploads/2026/03/WePlanet-German-Report-2026.pdf>
- [5] Bundesrat, «Haftungsrisiko des Staates bezüglich Atomkraftwerken» (Bericht in Erfüllung des Postulats 11.3356, 21. Januar 2015), S. 10: <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/38020.pdf>
- [6] Wikipedia, «Reaktor Lucens»: https://de.wikipedia.org/wiki/Reaktor_Lucens
- [7] Wikipedia, «Vajont-Staumauer»: <https://de.wikipedia.org/wiki/Vajont-Staumauer>
- [8] Jon Pult, «Neue AKW? Nein danke», Südostschweiz, «Berner Politik» (14. Juli 2026): <https://www.suedostschweiz.ch/grauenden/neue-akw-nein-danke-2043706>
- [9] Wikipedia, «Operation Chastise»: https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Chastise
- [10] Wikipedia, «Zerstörung des Kachowka-Staudamms»: https://de.wikipedia.org/wiki/Zerstörung_des_Kachowka-Staudamms



7. «Die Schweiz kann Netto-Null 2050 auch ohne Kernenergie erreichen»

Die Gegenkampagne behauptet: «Die Schweiz wird ihren Strombedarf mit den Erneuerbaren decken können.» (Bündnis «Nein zu neuen AKW», Medienmitteilung zum Nationalratsentscheid) [1]

Belegt wird diese Aussage mit einer Studie der Schweizerischen Energie-Stiftung vom November 2025, die sogar noch weiter geht: Schon die blosse Aufhebung des Neubauverbots würde demnach den Ausbau der Erneuerbaren bremsen und dadurch die Klimaziele gefährden. [2] Unabhängig davon findet die These, die Schweiz könne ihren zukünftigen Strombedarf auch ohne Kernenergie decken, Rückhalt in einer im Juni 2026 veröffentlichten Studie der ETH Zürich und des Paul Scherrer Instituts. [3]

Anders als bei Behauptung 3 geht es hier nicht um die Bilanz von heute, sondern um ein Modell für 2050 – und ein Modell liefert das Ergebnis, das seine Annahmen zulassen. Die Ergebnisse müssen deshalb eingeordnet werden, denn «technisch machbar» ist nicht dasselbe wie «ohne Zielkonflikte». Erstens zeigt dieselbe Studie, dass die Schweiz ohne Kernkraft ähnlich wie heute auch 2050 im Winterhalbjahr zwischen 5,4 und 12,4 TWh Strom importieren müsste. Zum Vergleich: Zuletzt waren es zwischen Oktober 2025 und März 2026 rund 7 TWh, während lediglich ein einziges Kernkraftwerk in Revision war. [3] «Netto-Null» ist das nur, wenn dieser Importstrom erstens tatsächlich verfügbar und zweitens sauber ist – beides Voraussetzungen, die die Schweiz nicht selbst gestalten kann, sondern von Entwicklungen im übrigen Europa abhängt. Der Engpass liegt in der Winter-Versorgungssicherheit – und die löst sich mit dem Verzicht auf neue Kernkraftwerke nicht auf.

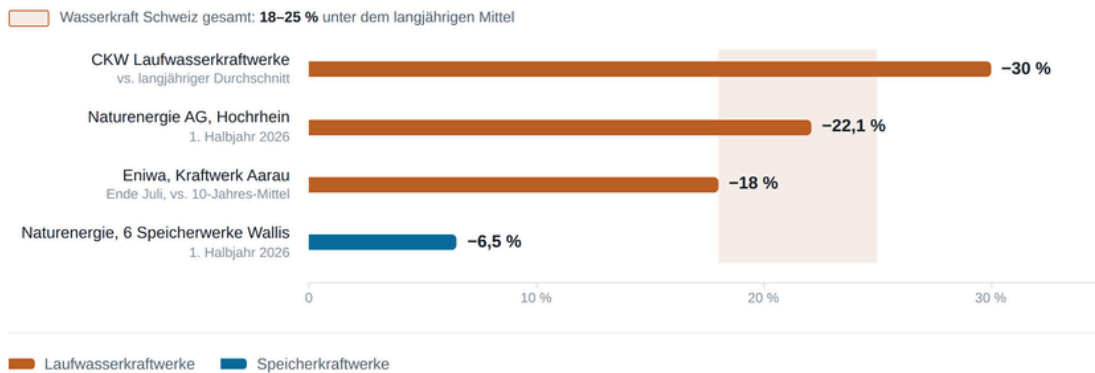
Eine Schweiz ohne neue Kernkraftwerke bliebe 2050 auf Winterstromimporte bis zu 12,4 TWh angewiesen – ähnlich importabhängig wie heute.

Zweitens blendet die ETH/PSI-Studie in ihrem Szenario eine wichtige Unsicherheit aus: Die direkte Alternative zur regelbaren Kernenergie gilt die Wasserkraft aus Speicherseen, da sie ebenfalls regelbar ist, und damit potentiell eine ähnliche Rolle im Energiemix einnehmen könnte – anders als und ergänzend zu Solar- oder Windstrom. Die Verlässlichkeit der Wasserkraft steht jedoch wegen des Klimawandels auf wackligen Beinen: Nach dem trockensten Frühling seit Messbeginn 1864 fielen die Füllstände der Schweizer Stauseen im Sommer 2026 auf rund 46 Prozent – den tiefsten Stand seit 20 Jahren. [4] Auch die weiteren Aussichten sind unsicher: Zwar lassen laut Axpo Gletscherrückgang und mehr Niederschlag die Winterproduktion bis Mitte Jahrhundert zunächst noch leicht steigen. [5] Langfristig steht zudem die Infrastruktur unter Druck: Das Bundesamt für Umwelt rechnet damit, dass Gletscherschwund, auftauender Permafrost und häufigere Starkniederschläge die Naturgefahrensituation für die alpinen Wasserkraftanlagen verschärfen und Speicherseen durch Sedimenteintrag schneller verlanden. [6]

Stromproduktion aus Wasserkraft unter dem langjährigen Mittel

Rückgang in Prozent

Einzelne Werke und Betreiber, Sommer bzw. 1. Halbjahr 2026. Die Trockenheit traf Laufwasserkraftwerke deutlich härter als Speicherkraftwerke, die ihre Reserven bewirtschaften können.



Quelle: schweizeraktien.net, «Schweizer Energieaktien: Stresstest für das Wasserschloss Schweiz – Analyse des Hitzesommers 2026», 26.08.2026, gestützt auf Halbjahresberichte und Angaben von CKW, Naturenergie AG und Eniwa AG.

Eine Netto-Null-Strategie, die zentral auf regelbare Wasserkraft setzt, verlässt sich also ausgerechnet auf jene Stromquelle, deren Verlässlichkeit der Klimawandel selbst untergräbt – ein Risiko, das bei einer wetterunabhängigen Technologie wie Kernenergie gar nicht erst entsteht. Der Sommer 2026 hat das vorgeführt: Nach Einschätzung der eidgenössischen Forschungsanstalt WSL war die Trockenheit aussergewöhnlich, die alpinen Speicherseen füllten sich deutlich langsamer als üblich, und wegen der niedrigen Pegelstände produzierten auch viele Laufwasserkraftwerke nur mit reduzierter Leistung. [7] Öffentlich diskutiert wurde derweil vor allem, dass zwei Blöcke des Kernkraftwerks Beznau wegen zu warmen Kühlwassers zeitweise heruntergefahren werden mussten [8] – letzteres ist allerdings ein Auslegungsproblem, das sich durch Nachrüstung oder im Neubau leicht lösen lässt: Beispielsweise kühlt das KKW Gösgen schon seit 1970 über einen Naturzug-Kühlturm statt über Flusswasser und blieb entsprechend von den Drosselungen verschont. [9] Dass Leistungsreduktionen bei Kernkraftwerken in der Öffentlichkeit so viel Aufmerksamkeit erhielten, die Probleme der Wasserkraft aber kaum, verschleiert den Blick auf die tatsächlichen Versorgungsrisiken.

«Technisch machbar» ist auch nicht dasselbe wie «kostengünstiger», und auch dort lohnt sich der Blick auf die oben zitierte Studie: Demnach wären neue Kernkraftwerke erst bei Baukosten von höchstens rund CHF 8'000 pro Kilowatt konkurrenzfähig. Bei CHF 5'000 pro Kilowatt wären dagegen 2,6 bis 4,9 Gigawatt neue Kapazität wirtschaftlich sinnvoll. [3] Die Studie setzt aber CHF 12'000 an, vermutlich massgeblich geprägt vom französischen Flamanville-3-Projekt. Zieht man stattdessen wie die bereits in Behauptung 5 zitierte BAK-Economics-Studie den finnischen Reaktor Olkiluoto 3 als Referenz heran, ergibt sich ein deutlich günstigeres Bild: Bei Gesamtprojektkosten von rund €11 Milliarden und einer Kapazität von 1'600 Megawatt entspricht das rund CHF 6'500 pro Kilowatt [10] – also einem Wert unterhalb der CHF 8'000-Schwelle, ab der die ETH/PSI-Studie neue Kernkraftwerke für konkurrenzfähig hält. Zwar ist unklar, ob ein

Ersatzneubau unter Schweizer Regulierung, Bewilligungsverfahren und Lohnkostenniveau tatsächlich zu vergleichbaren Kosten wie in Finnland realisierbar wäre, umgekehrt war Olkiluoto 3 allerdings der erste Reaktor seiner Serie und trug hohe «First-of-a-kind»-Mehrkosten sowie einen 14-jährigen Bauverzug – spätere Projekte derselben Reaktorfamilie sollten günstiger ausfallen.

Netto-Null 2050 ohne neue Kernkraftwerke mag in den Modellen also technisch möglich erscheinen – ob sich das Ziel so aber auch praktisch erreichen lässt (und zu welchen Kosten) ist mehr als unsicher. Die Importabhängigkeit der Schweiz von den europäischen Nachbarn bliebe in etwa auf heutigem Niveau, die Verlässlichkeit der Wasserkraft für Grundlast und Regelleistung ist durch den Klimawandel mit Unsicherheit behaftet, und die weitere Entwicklung der Kosten letztlich unklar. Zielkonflikte und Risiken lassen sich also nicht auflösen, indem man Kernenergie ausschliesst – sie verschieben sich lediglich von bekannten Risiken (Bau- und Finanzierungskosten neuer Kernkraftwerke) zu mehreren schwierig zu überblickenden Risiken.

Insgesamt ist dies ein hohes Mass an Unsicherheit. Eine gute Faustregel für Entscheidungsfindung unter hoher Unsicherheit besagt, dass man sich für robuste Pfade entscheiden sollte, die sich unter möglichst vielen denkbaren Umständen bewähren. Das verlangt vor allem, sich möglichst viele Optionen offenzuhalten. Auch die Kernenergie. [11]

Bei hoher Unsicherheit über die Zukunft sollte man sich für robuste Pfade entscheiden. Das verlangt vor allem, sich möglichst viele Optionen offenzuhalten.

Quellen:

[1] Bündnis «Nein zu neuen AKW», Medienmitteilung zum Nationalratsentscheid:

<https://www.neue-akw-nein.ch/aktuelles/nationalrat-oeffnet-das-tor-fuer-neue-akw-stimmebevoelkerung-wird-fehlentscheid-korrigieren>

[2] Epprecht, N. / Hälg, L., «Politikfolgenabschätzung zur Aufhebung des AKW-Neubauverbots: Szenarien + Auswirkungen bei Zulassung neuer AKW», Schweizerische Energie-Stiftung, 14. November 2025:

https://energiestiftung.ch/files/energiestiftung/Studien/2025_Politikfolgenabschaetzung/20251117_SES_Studie_Politikfolgenabschaetzung_publ.pdf

[3] ETH Zürich / PSI, «When new nuclear power plants are worth it in Switzerland» (29. Juni 2026):

<https://ethz.ch/en/news-and-events/eth-news/news/2026/06/when-new-nuclear-power-plants-are-worth-it-in-switzerland.html>

[4] 20 Minuten, «Stauseen auf Rekordtief: Warum die Schweizer Stromversorgung trotzdem gesichert ist»

(Juli 2026): <https://www.20min.ch/story/tiefe-pegelstaende-was-passiert-wenn-die-schweizer-stauseen-austrocknen-103604832>

[5] Axpo, «Höhere Stromproduktion im Winter»: [https://www.axpo.com/ch/de/ueber-](https://www.axpo.com/ch/de/ueber-uns/magazin.detail.html/magazin/erneuerbare-energien/Hoehere-Stromproduktion-im-Winter.html)

[uns/magazin.detail.html/magazin/erneuerbare-energien/Hoehere-Stromproduktion-im-Winter.html](https://www.axpo.com/ch/de/ueber-uns/magazin.detail.html/magazin/erneuerbare-energien/Hoehere-Stromproduktion-im-Winter.html)

- [6] BAFU (Hrsg.) 2021: Auswirkungen des Klimawandels auf die Schweizer Gewässer, Umwelt-Wissen Nr. 2101, Kap. 7.1.3.: <https://www.bafu.admin.ch/dam/de/sd-web/cPLO37edEVrg/auswirkungen-des-klimawandels-auf-die-schweizer-gewaesser.pdf>
- [7] WSL, «Trockenheit 2026: Häufige Fragen und Antworten»: <https://www.wsl.ch/de/metanavigation/im-fokus/trockenheit-2026-haeufige-fragen-und-antworten/>
- [8] Blick, «Weil Aare zu heiss ist: Kernkraftwerk Beznau fährt beide Blöcke herunter»: <https://www.blick.ch/schweiz/mittelland/aargau/weil-aare-zu-heiss-ist-kernkraftwerk-beznau-faehrt-beide-bloেকে-herunter-id22150131.html>
- [9] NZZ, «Kernkraftwerke mit Kühltürmen bestehen auch bei Hitze und Trockenheit» (Meinungsbeitrag): <https://www.nzz.ch/meinung/kernkraftwerke-mit-kuehltuermen-bestehen-auch-bei-hitze-und-trockenheit-ld.10018893>
- [10] Eigene Berechnung auf Basis: POWER Magazine, «Olkiluoto 3 Finally Online in Finland» (2023): <https://www.powermag.com/olkiluoto-3-finally-online-in-finland-germany-closes-last-three-nuclear-plants/>; World Nuclear Association, Reactor Database «Olkiluoto-3» (Kapazität 1'600 MW): <https://world-nuclear.org/nuclear-reactor-database/details/olkiluoto-3>
- [11] RAND Corporation, «Robust Decision Making»: <https://www.rand.org/pubs/tools/TL320/tool/robust-decision-making.html>



EINE SCHWEIZ OHNE KERNENERGIE HÄTTE WEITREICHENDE FOLGEN

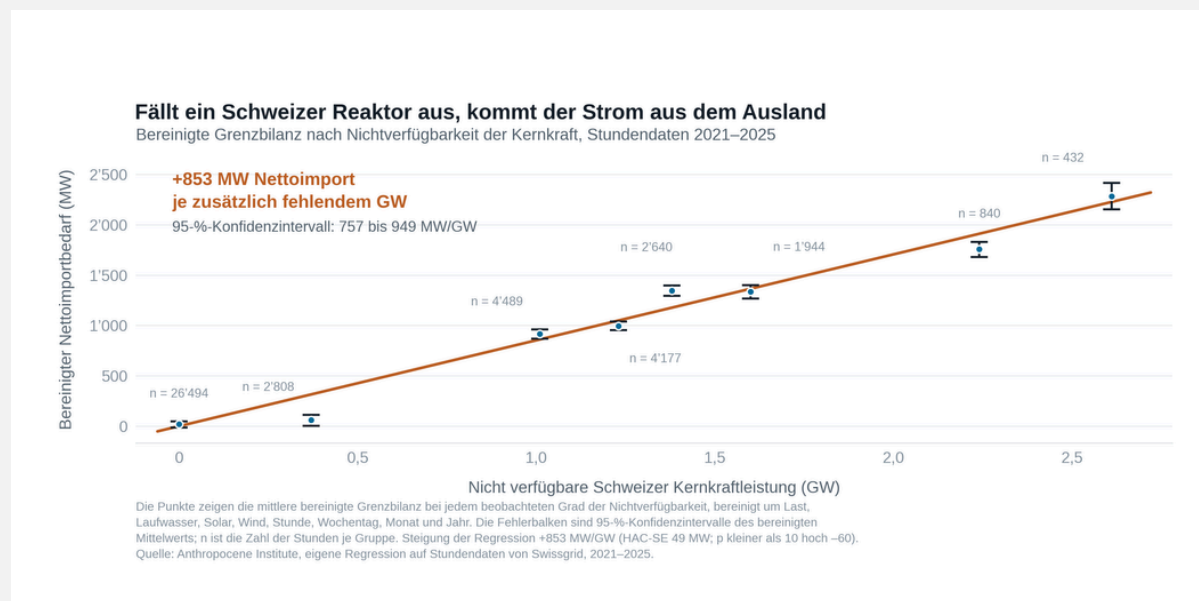
Die Debatte um neue Kernkraftwerke wird oft geführt, als sei die Frage rein binär: Braucht die Schweiz Kernkraft, oder kommt sie ohne aus? Kritiker des Neubaus argumentieren regelmässig, ein Ausfall bestehender Kernkraftwerke lasse sich ohne Weiteres innerhalb der Schweiz auffangen – etwa durch Wasserkraft – und betreffe primär die Schweiz selbst. Um dies zu prüfen, hat das Anthropocene Institute Daten von Swissgrid und Energy-Charts ausgewertet. Die Befunde zeigen, warum der Neubau von Kernkraftwerken sicherheitspolitisch und energiewirtschaftlich sinnvoll ist und welche Folgen umgekehrt eine Schweiz ohne (ausreichend) Kernkraft hätte, wenn nicht rechtzeitig neu gebaut wird: mehr Importe, eine engere Kopplung an das europäische Stromsystem und eine spürbar vertiefte Abhängigkeit von Erzeugung im Ausland.

Die folgende Analyse kombiniert zwei Ansätze: Erstens eine stundengenaue Analyse des Zusammenhangs zwischen Kernenergie-Verfügbarkeit und Stromflüssen über die Grenzen in den Jahren 2021 bis 2025. Zweitens dienen zwei Ausfallsepisoden, die Revisionen der KKW Leibstadt 2021 und Gösgen 2025, als Prüfsteine: Welche Erkenntnisse lassen sich für die Nutzung von Wasserkraft, die Verdrängung bzw. Abhängigkeit von ausländischer Erzeugung, für die CO₂-Emissionen und den Einfluss des deutschen Strompreises auf die Schweiz gewinnen?



Befund 1: Grenzausgleich reagiert fast eins zu eins

Fällt 1 GW Schweizer Kernkraft aus, verschiebt sich die grenzüberschreitende Stromhandelsbilanz der Schweiz im Schnitt um rund 853 MW – in Form zusätzlicher Importe oder geringerer Exporte. Dieser Zusammenhang beruht auf einer direkten Regression der beobachteten Stundendaten über den gesamten Zeitraum 2021–2025 (kontrolliert für Last, Laufwasser, Solar, Wind, Stunde, Wochentag, Monat und Jahr) und ist statistisch ausserordentlich eindeutig (95%-Konfidenzintervall 757–949 MW/GW; $p < 10^{-60}$). Fällt ein Schweizer KKW aus, wird die fehlende Leistung also zu über 85 Prozent über die Grenze ausgeglichen – nicht primär im Inland. [1]



Befund 2: Wasserkraft ist kein direkter Ersatz für Kernkraft – sie wird umgeschichtet, nicht zusätzlich verbraucht

Die Untersuchung der beiden mehrmonatigen Ausfälle zeigt, dass Schweizer Speicherwasserkraft bei einem Kernkraft-Ausfall primär zeitlich umgeschichtet wird: Während der jeweiligen Ausfallperiode wurden rund 2,13–2,16 TWh Wasserkraft-Erzeugung zunächst «vorgezogen» genutzt – doch fast die gesamte Menge wurde in den Folgemonaten wieder aus dem normalen Einsatz «zurückgezahlt» (2,126 bzw. 2,158 TWh). Über die gesamte Betrachtungsperiode hinweg wurde nur eine minimale Restdifferenz (0,005 bzw. 0,001 TWh) tatsächlich über Wasserkraft ausgeglichen. [2]

Das ist die Erkenntnis mit dem grössten Gewicht für die Kernkraft-Neubau-Debatte, denn sie ist nicht auf diese zwei Episoden beschränkt, sondern ein strukturelles Merkmal: Wasserkraft und Kernkraft ergänzen sich, statt zu konkurrieren. Stauseen sind ein Flexibilitätsinstrument mit begrenztem Volumen, keine zusätzliche, aus dem Nichts verfügbare Kapazität. Etwas ökonomischer ausgedrückt, ein Stausee ist mit intertemporalen Opportunitätskosten verbunden: Wer das Wasser jetzt nutzt, verzichtet auf die Möglichkeit, es zu einem späteren Zeitpunkt zu nutzen. Dieselbe Logik gilt nicht nur für die beiden untersuchten Ausfälle, sondern für jeden dauerhaften Verlust von gesicherter, wetterunabhängiger Leistung – also auch für ein Szenario, in dem auf einen Ersatzneubau verzichtet wird und Kernkraft-Kapazität langfristig weiter abnimmt.

Die klare Erkenntnis: Wasserkraft und Kernkraft können einander nicht vollständig ersetzen. Steht Kernkraft zur Verfügung, kann die Schweiz ihr Speicherwasser für die wertvollsten Stunden aufsparen; fehlt sie, wird dieser Spielraum genutzt, um kurzfristig eine Lücke zu schliessen – aber eben nicht, um Kernkraft dauerhaft zu ersetzen.

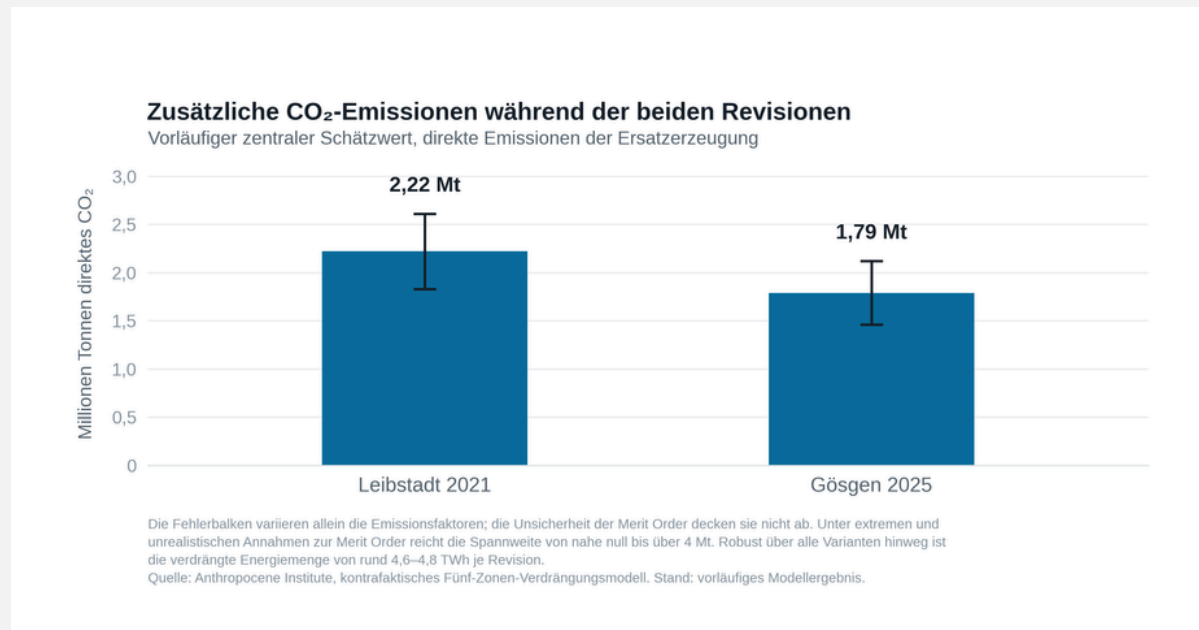
Insgesamt mussten zum Ausgleich der beiden untersuchten Ausfälle rund 4,79 TWh (Leibstadt 2021) bzw. 4,58 TWh (Gösgen 2025) an zusätzlicher Erzeugung im benachbarten Ausland bereitgestellt werden – verteilt auf Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich. [3]

Wasserkraft und Kernkraft sind keine gleichwertigen Alternativen. Kernkraft ermöglicht, Speicherwasser in den wertvollsten Stunden einzusetzen; fehlt sie jedoch, muss das Wasser als kurzfristiger Lückenfüller herhalten.

Unsichere Befunde: CO₂-Wirkung und «Deutschland-Effekt»

Zwei weitergehende Fragen lassen sich mit den vorliegenden Daten nur vorläufig beantworten.

Auf Basis eines länder- und technologiespezifischen Verdrängungsmodells schätzen wir die **zusätzlichen CO₂-Emissionen während der Revisionen der KKW auf etwa 2,2 Mt (Leibstadt 2021) bzw. 1,8 Mt (Gösgen 2025)** – überwiegend durch zusätzlich abgerufene Gaskraft, 2021 auch mit grösserem Kohle-/Lignite-Anteil.



Diese Zahl ist jedoch modellabhängig: Unter extremen (unrealistischen) Annahmen zur Einsatzreihenfolge der Kraftwerke reicht die Bandbreite von nahe null bis über 4 Mt. [4] Hinzu kommt, dass die eigentlich interessierende Frage die Folgen eines ausbleibenden Ersatzneubaus betrifft, also die Verhältnisse in den 2040er Jahren und noch ferner in der Zukunft. Welcher Strommix dann für den Import zur Verfügung steht, lässt sich heute kaum abschätzen. Belastbar ist somit vor allem die verdrängte Energiemenge (rund 4,6–4,8 TWh je Ausfallepisode); die genaue Brennstoffzusammensetzung und damit Folgen für Klima und Klimaziele bleibt Schätzung.

Eine weitere Auswertung untersucht anhand der beiden Ausfallepisoden, ob der Preisaufschlag in der Schweiz bei einem KKW-Ausfall davon abhängt, wie viel Kernkraft zeitgleich in Deutschland produziert wird (2021 gab es noch sechs Reaktoren, 2025 keinen mehr). Über die beiden deutschen Energieregime hinweg zeigt sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang: Mehr deutsche Kernkraft ist mit einem kleineren Schweizer Preisaufschlag verbunden. [5] Im Umkehrschluss gilt: **Das inzwischen dauerhafte Fehlen deutscher Kernkraft lässt die Kosten für Schweizer Importstrom steigen.** Auch ohne dass bisher ein entsprechender Vergleich für den bevorstehenden Kohleausstieg möglich ist, liegt zumindest der Verdacht nahe, dass sich dieser Effekt – fehlende Kraftwerksleistung im Ausland führt zu höheren Importkosten für die Schweiz – eher verstärken als abschwächen wird.

Was das für die Neubau-Frage bedeutet

Diese Auswertung soll kein historischer Bericht sein, sondern ein Gedankenexperiment: Was würde eine Schweiz ohne neue Kernkraft für Versorgungssicherheit, Abhängigkeit und Emissionen bedeuten? Die beiden Ausfallsepisoden zeigen es im Kleinen. Zwei Erkenntnisse sind dabei robust auf die Zukunft übertragbar, weil sie auf grundlegenden physikalischen und ökonomischen Mechanismen beruhen:

- Ein Schweizer Kernkraftwerk ist kein isoliertes nationales Kraftwerk, sondern Baustein im europäischen Stromverbund. Fehlt seine Leistung, wird sie zu einem sehr grossen Teil über die Grenze ausgeglichen, nicht durch eine inländische Lösung. Das gilt für jeden Kapazitätsverlust dieser Grössenordnung, nicht nur für die zwei untersuchten Revisionen.
- Speicherwasserkraft ist ein zeitliches Verschiebeinstrument mit begrenztem Volumen, kein dauerhafter, verlässlicher Ersatz für gesicherte, wetterunabhängige Leistung. Wer auf Neubau verzichtet und dabei implizit auf Wasserkraft als Lückenfüller setzt, überschätzt deren Kapazität, die Stauseen werden ohnehin schon fast vollständig für die normale Feinsteuerung genutzt, wie die Analyse zeigt.

Umgekehrt zeigt dieselbe Rechnung, wie klein der zu ersetzende Rest tatsächlich ist. 2025 stammten rund 3,6 TWh der Schweizer Stromerzeugung aus thermischen Kraftwerken – neben fossilen Anlagen auch Kehrlichtverwertung, Holz und Biogas. Ein einzelner Reaktor mit 1,2 Gigawatt Leistung und 90 Prozent Verfügbarkeit erzeugt rund 9,5 TWh im Jahr, also mehr als das Zweieinhalbfache. Selbst in einem bewusst harten Stresstest – die gesamte thermische Erzeugung wird den vier lastintensivsten Stunden jedes Tages zugeordnet – würde ein solcher zusätzlicher Reaktor zusammen mit der bestehenden Wasserkraft genügen, um diese Stunden zu decken. Das funktioniert gerade wegen der Wasserkraft: Läuft die Kernkraft rund um die Uhr, muss in den lastschwachen Stunden weniger Speicherwasser turbinert werden und steht für die Spitzenstunden zur Verfügung. Der verbleibende Überschuss würde Importe senken oder Exporte erhöhen – und könnte damit auch den Nachbarländern helfen, eigene fossile Erzeugung zu verdrängen. [6]

Die verdrängte Erzeugung im Ausland war in beiden untersuchten Episoden überwiegend fossil – ein Hinweis darauf, dass eine dauerhaft geringere Schweizer Kernkraft-Kapazität tendenziell mit mehr fossiler Erzeugung in der Nachbarschaft einhergeht, auch wenn die genaue CO₂-Bilanz modellabhängig und nicht abschliessend beziffert ist. Weniger belastbar, aber wirtschaftlich und auch sicherheitspolitisch bemerkenswert, ist der Befund zum Zusammenspiel mit der deutschen Kernkraft: Er deutet darauf hin, dass der europäische Kernkraft-Bestand insgesamt eine dämpfende Wirkung auf Preisspitzen bei Schweizer Ausfällen haben könnte – ein Effekt, der bei einem weiteren Rückgang gesicherter Kraftwerksleistung in mehreren Schweizer Nachbarländern zu weiter steigenden Preisen führen würde.

Diese Auswertung zeigt nicht nur, was zwei konkrete Ausfälle gekostet haben – sie zeigt, wie ein Stromsystem mit strukturell weniger Schweizer Kernkraft aussehen würde. Gesteigerte Importabhängigkeit, eine überschätzte Pufferfunktion der Wasserkraft und eine wahrscheinlich grössere fossile Erzeugung in der Nachbarschaft sind keine hypothetischen Risiken, sondern beobachtete Reaktionen des Systems. Ein Ersatzneubau kann helfen, diese Probleme zu lösen oder zumindest zu lindern. Wer neue Kernkraftwerke hingegen ablehnt, muss erklären, wie er diese Folgen vermeiden will.

Quellen:

- [1] Eigene Regressionsanalyse auf Basis stündlicher Daten des gesamten Zeitraums 2021–2025 (Swissgrid-Grenzflüsse, kontrolliert für Last, Laufwasser, Solar, Wind, Stunde, Wochentag, Monat, Jahr).
- [2] Eigenes Speicherwasserkraft-Retiming-Modell (v2) für die zwei Ausfallepisoden Leibstadt 2021 und Gösgen 2025, geprüft gegen beobachtete Preis-/Einsatzmuster und BFE-Speicherdaten.
- [3] Eigenes Fünf-Zonen-Verdrängungsmodell für dieselben zwei Ausfallepisoden, auf Basis von Energy-Charts-Erzeugungsdaten (DE/FR/AT/IT) und Swissgrid-Grenzflüssen.
- [4] Eigenes Fünf-Zonen-Dispatch-Modell für dieselben zwei Ausfallepisoden; Sensitivitätsband aus extremen (unrealistischen) Einsatzreihenfolgen.
- [5] Eigene Regressionsanalyse für dieselben zwei Ausfallepisoden: Schweizer Preisaufschlag gegenüber DE/FR/AT in Abhängigkeit von deutscher Kernkraft-Erzeugung, mit und ohne Regime-Zentrierung.
- [6] Eigene Berechnung auf Basis der Schweizer Elektrizitätsstatistik 2025 (thermische Erzeugung) sowie eines Dispatch-Stresstests mit Zuordnung der gesamten thermischen Erzeugung auf die vier lastintensivsten Stunden je Tag; angenommene Reaktorleistung 1,2 GW bei 90 Prozent Verfügbarkeit.



FAZIT

Sieben Behauptungen, ein wiederkehrendes Muster: Die Gegenkampagne arbeitet selten mit falschen Zahlen, aber regelmässig mit unvollständigen. Drei Volksabstimmungen werden zu einem Votum gegen Kernenergie zusammengefasst, obwohl nur eine davon die Frage überhaupt betraf. Russische Abhängigkeit wird beim Uranabbau behauptet, wo sie gering ist, statt bei der Anreicherung, wo sie real war und gerade abgebaut wird. Der Atommüll gilt als ungelöstes Problem, während das Standortverfahren abgeschlossen ist. Und der «Schweizer Weg» wird als Erfolg bezeichnet, den die eigenen Szenarien der Strombranche nicht hergeben. Wer die vollständigen Zahlen kennt, kommt zu anderen Schlüssen als die Nein-Kampagne nahelegt.

Dabei hat auch dieser Bericht die Vorteile der Kernenergie nur unvollständig, nämlich als Stromquelle, betrachtet. Dabei lässt sich die von Kernreaktoren erzeugte Wärme auch direkt nutzen, in der Schweiz zeigt Beznau das seit Jahrzehnten: Über die Regionale Fernwärme Unteres Aaretal versorgt das Kraftwerk mit einem Teil seiner Abwärme umliegende Gemeinden mit rund 170 GWh Wärme pro Jahr und ersetzt damit Heizöl, das sonst verbrannt würde. [1] Was die Wärme ersetzen soll, ist bis heute offen. Geplant ist ein Holzheizwerk in Döttingen, dessen Bedarf zunächst mit rund 59'000 Tonnen Holzschnitzeln pro Jahr angegeben wurde; inzwischen prüft die Refuna zusätzlich eine Grosswärmepumpe mit Aarewasser. [2] Egal welche Variante oder Kombination am Ende gebaut wird: Es wird lediglich eine Wärmequelle ersetzt, die es bereits gibt. Für das Erreichen der Klimaziele ist Wärme womöglich wichtiger als der Strom selbst, denn Raum- und Prozesswärme gehören zu den am schwierigsten zu dekarbonisierenden Sektoren. Entsprechend setzen viele neue Reaktordesigns, insbesondere modulare Kleinreaktoren (SMR), auch auf Nutzung ausserhalb der Stromerzeugung – ein zusätzlicher Vorteil der mit Kernenergie einhergehenden Flexibilität, der im Rahmen dieses Berichts, der sich auf Ersatzneubau für die bestehenden Reaktoren konzentriert, nicht ausreichend gewürdigt werden konnte.

Auch wenn Kernenergie nicht die billigste Art ist, eine Kilowattstunde zu erzeugen, sprechen die meisten Analysen dafür, dass die geringsten Gesamtkosten Energiesysteme aufweisen, die auf Koexistenz von Erneuerbaren und Kernkraft setzen. Zwar wird ein Ersatzneubau ohne staatliche Beteiligung wohl nicht zustande kommen, aber das gilt nicht nur für Kernenergie: Kaum ein grosses Infrastrukturprojekt kommt heute ohne öffentliche Mittel aus, und gemessen pro geförderter Kilowattstunde liegt die Kernkraft nicht über der alpinen Solarförderung. Entscheidend ist, was die Mittel bewirken. Nach der BAK-Studie entsteht je Förderfranken ein volkswirtschaftlicher Nutzen von bis zu 5,20 Franken, überwiegend im Inland, weil Bau, Betrieb und Unterhalt hier stattfinden. Dazu kommt, was sich schwerer beziffern lässt: Wer seinen Winterstrom zu einem wachsenden Teil importiert, gibt Kontrolle ab, über Preise, über Verfügbarkeit und über die eigene Verhandlungsposition. Und wer eine praktisch CO₂-freie Bandenergiequelle abschaltet, verlagert Emissionen in die Nachbarschaft, wie die Auswertung der beiden Ausfallepisoden zeigt.

Am Ende bleibt eine Frage, die keine Studie beantworten kann. Niemand weiss, was Strom 2050 kostet, welcher Mix dann importierbar ist, wie verlässlich die Wasserkraft in einem wärmeren Klima produziert oder wie schnell der Ausbau der Erneuerbaren tatsächlich vorankommt. Unter solcher Unsicherheit zählt nicht, welcher Pfad im Modell am günstigsten aussieht, sondern welcher sich unter möglichst vielen denkbaren Entwicklungen bewährt. Die Entscheidungsforschung nennt das robuste Planung, und ihr wichtigster Rat lautet, sich Optionen offenzuhalten, statt sich zu früh einseitig festzulegen. [3]

Genau darum geht es an der Urne. Ein Ja zum Atom-Gesetz baut noch kein Kernkraftwerk. Es eröffnet nur die Möglichkeit, eines zu bauen, falls sich das als sinnvoll erweist. Ein Nein schliesst diese Option für eine weitere Generation. Wer dies will, trägt die Begründungslast und muss erklären, wie eine Schweiz ohne Kernenergie in Zukunft ihre Versorgung im Winter sichert, ihre Importabhängigkeit begrenzt und ihre Klimaziele erreicht. Diese Erklärung ist die Gegenkampagne bislang schuldig geblieben.

**Du willst noch mehr wissen?
Vielleicht selbst aktiv werden?**

**Unsere Kampagnenwebseite ist ein toller
Ausgangspunkt!**

**Besuche uns auf:
www.ja-kernkraft.ch**

Quellen:

[1] REFUNA AG, Regionale Fernwärme Unteres Aaretal: <https://www.refuna.ch/>

[2] REFUNA AG / Axpo, Projekt «Refuna Zukunft» (vormals Holzheizwerk Döttingen), Technologieprüfung vom 18. Februar 2026: <https://refuna-zukunft.ch/2026/02/technologiepruefung-sorgt-fuer-mediale-resonanz/>; ergänzend Aargauer Zeitung, «Baut die Refuna doch kein Holzheizwerk für die Wärmeversorgung nach AKW-Ende?»: <https://www.aargauerzeitung.ch/aargau/zuribiet/refuna-kein-holzheizwerk-fuer-waermeversorgung-nach-akw-ende-ld.4123494>

[3] RAND Corporation, «Robust Decision Making»: <https://www.rand.org/pubs/tools/TL320/tool/robust-decision-making.html>



AUTOREN



GUIDO NÚÑEZ-
MUJICA

Guido Núñez-Mujica ist Direktor für Datenwissenschaft am Anthropocene Institute. Er absolvierte seine Ausbildung in Informatik, Physik und Biologie an der Universidad de Los Andes in Venezuela. Heute arbeitet er u.a. als Datenwissenschaftler, Bioinformatiker und Wissenschaftskommunikator. Für sein vielfältiges Engagement wurde er als TED Fellow und als Fellow der Cornell Alliance for Science ausgezeichnet.



NIELS-ARNE
MÜNCH

Niels-Arne Münch ist Diplom-Sozialwirt. Seit über 15 Jahren beschäftigt er sich mit der Interaktion zwischen Energieversorgung und Gesellschaft vor dem Hintergrund der Klimakrise. Aktiv bei WePlanet war er u.a. als Projektleiter für eine Studie verantwortlich, die die Möglichkeit einer zukünftigen deutschen Energieversorgung unter Einbeziehung der Kernenergie untersucht. Er lebt mit seiner Familie in Göttingen.

ÜBER DAS ANTHROPOCENE INSTITUTE

Das Anthropocene Institute arbeitet am Übergang in eine nachhaltige Zukunft des Überflusses. Von sauberer Energie der nächsten Generation bis zur Wiederherstellung der Ozeane fördern wir die Innovationen und Ökosysteme, die weltweiten Wohlstand möglich machen. Wir bringen Forschende, Unternehmerinnen und Unternehmer, Investoren und die Politik zusammen und machen aus Ideen Wirklichkeit – mit Technologien, Kapital und politischen Weichenstellungen, die der Klimakrise direkt begegnen.

anthropoceneinstitute.com

ÜBER WEPLANET DACH

WePlanet DACH ist die deutschsprachige Sektion von WePlanet und deckt Deutschland, Österreich und die Schweiz ab. WePlanet ist ein globales Netzwerk gemeinnütziger Basisorganisationen, die sich für evidenzbasierte Lösungen gegen Klimawandel, Artensterben und Armut einsetzen.

WePlanet wurde 2022 gegründet. Die Arbeit des Netzwerks wird durch Mitgliedsbeiträge und Spenden ermöglicht sowie durch die sehr geschätzten Beiträge der Rodel Foundation, der Quadrature Climate Foundation, der Dreamery Foundation, von Founders Pledge und des Anthropocene Institute. WePlanet wirbt keine Unternehmensgelder ein und nimmt keine an.

Der WePlanet DACH e.V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter VR 37433 B eingetragen und wegen Förderung des Umweltschutzes als gemeinnützig anerkannt. Er ist im Lobbyregister der Bundesrepublik Deutschland unter RO04145 eingetragen, WePlanet im EU-Transparenzregister unter 179551845769-58.

WePlanet DACH: www.weplanet-dach.org

WePlanet: www.weplanet.org.

